Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1862

16.12.1862 (No. 295)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 16. Dezember.

Nr. 295. 1862.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Unsere auswärtigen HH. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämmtliche Abonnirungen bei den großh. Posterpeditionen mit Ende dieses Monats ablaufen. Wir ersuchen deßhalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldgefällig bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den HH. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 14. Dezember.

Durch Allerhöchste Ordres vom 12. d. M. wird dem Leutnant Franz Fischer vom 3. Infanterieregiment die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großherzoglichen Armeekorps ertheilt;

Oberleutnant Weizel im Generalstab wird zum Artilleriebataillon, und

Oberleutnant Kirchgeßner im 2. Füsilierbataillon zum Generalstab versetzt.

Leutnant Schrickel im Jägerbataillon wird zum Oberleutnant, und

die Portepeefähnriche

Rudolph Broglie im 5. Infanterieregiment,

Karl von Schilling im 1. Füsilierbataillon, mit Versetzung zum 3. Infanterieregiment,

Ferdinand Klein im 2. Infanterieregiment König von Preußen, werden zu Leutnanten befördert.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

△ **Wien,** 15. Dez. Das Abgeordnetenhaus hat die Bankakte, und das Herrenhaus das Finanzgesetz in dritter Lesung angenommen. Am Mittwoch Abend Empfang des Reichsraths beim Kaiser.

Kopenhagen, 12. Dez. (W. T.-B.) „Faedrelandet" nimmt an, die holstein'schen Stände würden auf den 20. Jan. einberufen. — Die durch Schneetreiben hervorgerufene Stockung des Verkehrs mit dem Süden dauert fort.

Madrid, 13. Dez. In der heutigen Senatssitzung ergriff General Prim wiederum das Wort, um sich gegen die vom französischen Minister Billault hinsichtlich Mexiko's wider ihn erhobenen Anklagen zu vertheidigen. In einem geschichtlichen Rückblick auf die mexikanische Expedition hob er die Hindernisse hervor, welche sich dem glücklichen Erfolge derselben entgegengestellt hätten, und schob die Verantwortlichkeit für die eingetretenen Hemmnisse den Bevollmächtigten Frankreichs zu, die unberechtigte Forderungen gestellt hätten. Der General sprach ferner sein Bedauern darüber aus, daß er keine Unterredung mit dem Kaiser der Franzosen gehabt habe; hätte eine solche stattgefunden, so würde er dem Kaiser dargethan haben, daß die Mexikaner nichts von einer Monarchie wissen wollten. Kaiser Napoleon habe sich getäuscht, und hätte, wie in Italien, eine liberale Politik befolgen sollen. Schließlich beschwor Prim die Regierung, keine spanischen Truppen wieder nach Mexiko zu schicken.

Athen, 6. Dez. (W. T.-B.) Die Nachrichten aus den Provinzen lauten beruhigend, nur in Patras und Korinth finden fortwährend kleine Reibungen statt. — Artemis Michos, Chef der Nauplianer Bewegung, ist hier eingetroffen und glänzend empfangen worden. Chadziskos ist zurückgekehrt.

* **Athen,** 13. Dez. Die Gesandten von Frankreich, England und Rußland haben der provisorischen Regierung den Beschluß der drei Mächte mitgetheilt, das Protokoll von 1830 aufrecht zu erhalten. Es sind demgemäß Prinz Alfred und der Herzog von Leuchtenberg vom griechischen Throne ausgeschlossen. Hr. Elliot ist in besonderer Mission von Konstantinopel angekommen. England empfiehlt den Griechen den König Ferdinand von Portugal und tritt ihm die Jonischen Inseln ab. Die bis jetzt für Prinz Alfred gesammelten Unterschriften belaufen sich auf 110,000.

Konstantinopel, 6. Dez. (W. T.-B.) Eine neue Anleihe von 6 Millionen Pfd. Sterling ist abgeschlossen worden. — Demonstrationen für den Prinzen Alfred wurden von der Regierung untersagt. — Der russische Gesandte Fürst Labanoff ist in einem mehrmonatlichem Urlaube nach Italien und Frankreich gereist.

Deutschland.

* **Frankfurt,** 14. Dez. Dem offiziellen Bericht über die Bundestags-Sitzung vom 11. d. M. entnehmen wir noch Folgendes:

Für Oesterreich wurde bezüglich der über einige Punkte der deutschen Wechselordnung von der Nürnberger Handelsgesetzgebungs-Kommission gemachten Vorschläge eine im Allgemeinen zustimmende Erklärung abgegeben.

Vom Königreich Sachsen wurde in Betreff der Kommissionsvorschläge wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichts in den deutschen Bundesstaaten eine im Wesentlichen zustimmende Erklärung zum Protokoll gegeben.

Für Baden wurde die Vollendung und Ausrüstung der dortseits zu beschaffenden Fortifikationen an der Brücke zu Kehl zur Anzeige gebracht.

Frankfurt machte die Anzeige, daß das deutsche Handelsgesetzbuch unverändert angenommen sei und mit dem 1. Januar 1863 im Staatsgebiet gesetzliche Kraft erhalte.

Es erfolgte sodann die Abstimmung über die in einer frühern Sitzung von dem betreffenden Ausschuß wegen Aufhebung der öffentlichen Spielbanken in Deutschland eingebrachten Anträge. Dieselben lauteten:

„Hohe Bundesversammlung wolle, unter Bezugnahme auf das vom Ausschuß in seinen Vorträgen vom 10. Mai 1855 und 6. November 1862 Angeführte, die höchsten und hohen Regierungen ersuchen, zu dem Folgenden ihre Ansichten, beziehungsweise ihr Einverständniß auszusprechen und, so weit dieses letztere reicht, eine gemeinsame Erklärung darüber in das öffentliche Protokoll der Bundesversammlung niederlegen zu lassen:

I. Die öffentlichen Spielbanken sind ein soziales und volkswirthschaftliches Uebel, dessen Bestehen auf dem Gebiet des Deutschen Bundes mehr und mehr Bedenken und Besorgniß für das öffentliche Wohl erregt.

II. Es ist demnach zu wünschen, daß nicht nur keine neuen öffentlichen Spielbanken mehr gestattet, sondern auch die noch bestehenden so bald als möglich beseitigt und daß bis dahin deren nachtheilige Wirkungen durch angemessene Beschränkungen in aller thunlichen Weise gemindert werden.

III. Es wird wechselseitig als bundesfreundlich mit Dank anerkannt, wenn die einzelnen höchsten und hohen Bundesregierungen ihre Behörden und Organe in diesem Sinne (unter I. und II.) wirksam werden lassen."

Von der großh. hessischen Regierung waren dagegen die nachstehenden veränderten Anträge eingebracht und zur Annahme empfohlen worden:

„Hohe Bundesversammlung wolle im Verfolg ihrer bisherigen deßfallsigen Verhandlungen, insbesondere der Ausschußanträge vom 10. Mai 1855 und in erneuter Erwägung, daß die öffentlichen Spielbanken ein soziales und volkswirthschaftliches Uebel sind, dessen Bestehen auf dem Gebiete des Deutschen Bundes als gemeinschädlich zu erachten ist, beschließen:

I. Die Beseitigung der öffentlichen Spielbanken auf dem deutschen Bundesgebiet ist mit allen rechtlich zulässigen Mitteln anzustreben und die Bundesversammlung wird ihr anhaltendes Bestreben dahin richten, deßhalb eine Vereinbarung unter sämmtlichen Bundesgliedern zu bewirken.

II. Demgemäß spricht die Bundesversammlung zunächst die Erwartung aus, daß keine neuen Konzessionen zu öffentlichen Spielbanken mehr ertheilt und die bestehenden nicht über die Zeit, für welche sie ertheilt sind, verlängert oder erneuert werden. Diejenigen Regierungen, welche sich hiermit einverstanden erklären, übernehmen damit die förmliche Verpflichtung, dieser Erwartung zu entsprechen.

III. In gleicher Weise wird sodann denjenigen Regierungen, in deren Gebiete zur Zeit noch öffentliche Spielbanken bestehen, dringend empfohlen, jede sich darbietende Gelegenheit zur Beseitigung derselben zu benützen und bis dahin deren nachtheilige Wirkungen durch angemessene Beschränkungen in aller thunlichen Weise zu mindern."

Da sich weder für die einen, noch für die anderen Anträge die erforderliche Stimmenzahl ergab, so beschloß man, sämmtliche Abstimmungen und Erklärungen dem Ausschusse mit dem Auftrag zuzuweisen, baldigst einen Beschlußentwurf vorzulegen.

Darmstadt, 13. Dez. (Fr. J.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer werden verschiedene Anträge eingebracht, darunter ein Antrag der Abgg. Lothary und Metz auf baldigen Erlaß einer allgemeinen und unbedingten Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen; Antrag des Abg. Hoffmann II. auf Beseitigung gewisser zu Gunsten der beiden hiesigen Banken erlassenen verfassungswidrigen Bestimmungen bis nach erfolgter ständischer Zustimmung; Antrag des Abg. Volhard auf Wiedereinführung des alten verfassungsmäßigen Wahlgesetzes von 1849; Antrag der Abgg. Brenner u. Gen. auf Abschluß eines Staatsvertrags mit Baden wegen Erbauung einer Odenwald-Eisenbahn mit direkter Verbindung nach Offenbach. Außerdem wird eine Reihe von Wahlen genehmigt.

Eine längere Diskussion erhob sich über den Handelsvertrag mit Frankreich gelegentlich der Berathung der Regierungsvorlage wegen Erstreckung des Finanzgesetzes von 1860 auf 6 Monate. (Ueber den Ausschußantrag s. Darmstadt Beilage.) Nach Eröffnung der Diskussion hält Finanzminister v. Schenck unveränderte Annahme des Regierungsantrags für unbedenklich, da Verträge, welche nicht vom ganzen Zollverein abgeschlossen werden und Zolländerungen enthalten, nach Ansicht des Finanzministeriums unbedingt der Zustimmung der Stände bedürften. Aeußersten Falls wolle er übrigens auch den Gesetzentwurf dahin ändern lassen, daß alle weiteren Zoll- und Handelsverträge, welche überhaupt nach der Verfassungsurkunde der Zustimmung der Stände bedürften, vor deren „Ratifikation" der Kammer vorgelegt würden. Die Worte vor deren „Abschluß" machten dagegen jedes Unterhandeln der Regierung unmöglich und müsse daher darauf beharren, daß statt „Abschluß" das Wort „Ratifikation" gesetzt werde. Metz fragt hierauf, ob die Worte des Hrn. Finanzministers „nach Ansicht des Finanzministeriums" gleichbedeutend seien mit dem Satz „nach Ansicht der Staatsregierung", was wesentlich sei, weil der Hr. Finanzminister im Ausschuß die Rücksprache mit seinen Kollegen für nöthig erklärt habe. Ebenso verwahrt sich Metz gegen eine Unterscheidung des Hrn. Finanzministers zwischen Zoll- und Handelsverträgen, welche nach der Verfassungsurkunde überhaupt der Zustimmung der Stände bedürften, und zwischen andern Zoll- und Handelsverträgen. Nach seiner Ansicht gehörten alle Zoll- und Handelsverträge zum Ressort der Stände. Nachdem der Finanzminister v. Schenck erklärt hatte, daß unter „Ansicht des Finanzministeriums" diejenige der „Staatsregierung" zu verstehen sei, und daß er alle vom Abg. Metz im Auge gehabten Verträge als zur Kompetenz der Stände gehörig nachgebe, beantragte Abg. Hofmann von Friedberg, um die Aktion der Regierung nicht allzu sehr einzuschränken, Annahme des Modus „Ratifikation" statt „Abschluß". Der Finanzausschuß erklärt sich hiermit einverstanden. Er wird hierauf die Regierungsvorlage, auf deren Abstimmung der Finanzminister besteht, einstimmig verworfen, und der Ausschußantrag mit einer vom Abg. Thudichum beantragten und vom Ausschuß angenommenen Verbesserung dahin einstimmig angenommen, daß „zu allen neuen Zoll- und Handelsverträgen vor deren Ratifikation die bei dem Abschluß vorbehaltene Zustimmung unserer getreuen Stände eingeholt werden wird."

Kassel, 12. Dez. Der Bericht des Abgeordneten Wiegand über den Sunkel'schen Antrag, den Handelsvertrag betreffend, hebt in klaren bündigen Worten die Bedeutung des Vertrags für den Zollverein hervor, berührt die Gefahren der Ablehnung des Vertrags, die Schwierigkeiten beim Abschluß desselben, und die gerechte Berücksichtigung der verschiedenartigen Interessen aller deutschen Staaten, welche darin Ausdruck gefunden. Gegenüber dem Widerspruch Bayerns und Württembergs wird hervorgehoben, daß die betreffenden Landesvertretungen dem Verhalten der Regierungen sich noch nicht angeschlossen haben. Ein Recht Oesterreichs auf Widerspruch gegen den Vertrag wird bestritten und ein Eintritt Gesammtösterreichs in den Zollverein für unmöglich erklärt. Die Bedeutung des baldigen Beitritts Kurhessens wird betont und für den Fall der Tennung des Zollvereins nachgewiesen, daß für Kurhessen eine freie Wahl des Anschlusses nicht bestehe. Die geographische Lage habe unabweisbare Konsequenzen, und es könne ein kleinerer Staat, von einem größern eingeschlossen, keine seinen Nachbarstaaten entgegenstehende Handelspolitik üben wollen. Was die besondere Stellung der kurhessischen Industrie zum Handelsvertrag anbelangt, so spricht sich der Bericht dahin aus, die Lage Kurhessens sei insofern eine günstige, als es keine durch Schutzzölle künstlich großgezogene Industrie besitze. Damit solle indeß nicht gesagt sein, daß es unsern Fabrikanten gleichgiltig wäre, die seitherigen Begünstigungen fortzugenießen, und noch weniger, daß dem so sei, weil unsere Industrie bei uns eine „ausnahmliche Ueberlegenheit" erlangt habe. Die industrielle Entwicklung des Landes sei vielmehr — aus hier nicht zu beleuchtenden Gründen — gegen andere Länder zurückgeblieben, und unsere Gesetzgebung und Verwaltung trage daran keinen geringen Theil der Schuld. Auch insoweit sei unsere Lage günstig, als nicht der eine oder andere Industriezweig ausschließlich die Unterlage der Volksernährung im ganzen Lande oder doch in größeren Bezirken bilde. „Wir haben vielmehr recht eigentlich diejenige Form der wirthschaftlichen Entwicklung, welche man die individuelle, die decentralisirte Arbeit nennt." Endlich werde uns die Entscheidung zu Gunsten des Handelsvertrags dadurch erleichtert, daß eine Anzahl Industriezweige, und zwar gerade diejenigen, bei denen der Streit um den Zollschutz am heftigsten entbrannt sei, bei uns gar nicht oder doch nur höchst untergeordnet vertreten sind, so z. B. Baumwollspinnereien, Weinproduktion. Die Ermäßigung des Schutzzolles für seidene und halbseidene Gewebe, für die feineren Gewebe von Baumwolle, Leinen und Wolle werde bei der geringen Betheiligung an diesen Industriezweigen auch kaum einen Widerspruch hervorrufen. Die Schmalkalder Eisenindustrie dagegen, der die Zollermäßigung von Roheisen zu Gute komme, verspreche sich von der Eröffnung des französischen Marktes erheblichen Aufschwung.

Kassel, 13. Dez. (Fr. J.) Der wichtigste Gegenstand der heutigen Sitzung der Ständeversammlung betraf den Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über den Handelsvertrag mit Frankreich. Der Abstimmung (deren Resultat bereits telegraphisch mitgetheilt worden ist) ging eine ausführliche und lebhafte Debatte voraus, obgleich keinerlei Widerspruch erfolgte und das Resultat schon nach Vortrag des Berichts und heute noch mehr nach einer eben so beredten wie ausführlichen Ergänzung, die der Berichterstatter, Abg. Wiegand, nachfolgen ließ, gewiß war. Wie-

gand schildert unter Anderm das Wesen des Schutzzolles, um schon aus diesem neue Argumente für den bekannten Antrag zu entnehmen. Er zeigt die Bedeutung der staatlichen Macht für die Entwicklung der Industrie, hoffend, daß uns in dieser Beziehung die vereinte Anstrengung der Nation schaffen werde, was noch fehle. Er schildert die fortgeschrittene Entwicklung gerade der deutschen Industrie, ihre bedeutenden Erfolge auf dem Weltmarkt, den uns die Verwerfung des Vertrags verschließen werde, und weist auf die Nothwendigkeit hin, daß umgekehrt die Annahme des Vertrags die Sprengung derjenigen Fesseln in ihrem Gefolge haben werde, die noch jetzt auf der hessischen Industrie lasten. — Abg. Harnier schildert ausführlich Entstehung und Bedeutung des Zollvereins. Aus allen Stadien dieser Entstehung ergeben sich dem Redner neue und gewichtige Momente für den Vertrag. Würde es schließlich doch so weit kommen, daß der Zollverein aus Rand und Band gehe, so könne Kurhessen gar nicht anders, es müsse von neuem sich an Preußen anschließen, um so zu abermaliger Herstellung des Zollvereins die Grundlage zu geben. Den Uebelständen aber, die freilich trotzdem mit der Auflösung unvermeidlich seien, solle man zuvorkommen durch unbedingten Anschluß an den Vertrag. — Abg. Reischauer, ebenfalls für den Vertrag, weist auf die Gefahren hin, die die Verwerfung deßhalb mit sich führe, weil sie den Stand der Arbeiter zu einem großen Theil brotlos machen werde. — Ziegler hält die Gründe für den Vertrag so allgemein anerkannt, daß er deßhalb auf's Wort verzichte. — Abg. Reifert (Fabrikant) schildert den Stand der deutschen Eisenindustrie, ihre Konkurrenzfähigkeit ꝛc., und weist die Nichtigkeit der Einwände nach, die man gegen den Vertrag in Betreff dieser Industrie vorschützt. — Herrlein schließt sich in seinem Urtheil den Fachmännern an, hoffend, daß Kurhessen nie in die Lage kommen werde, zwischen einem Bündniß mit Süd- und Norddeutschland wählen zu müssen. — v. Bischoffshausen zeigt die Gehaltlosigkeit derjenigen Einwände, die aus dem §. 25 des Handelsvertrags entnommen wurden, und erklärte sich ebenfalls für den Vertrag. — Abg. Trabert: Wenn es von den Regierungen jetzt schmerzlich empfunden werde, daß trotz ihrem „souveränen" liberum veto, das jede Reform unmöglich mache, Preußen mit einem zwingenden Ja oder Nein vor sie trete, so hätten sie das selber verschuldet. Warum auch hätten sie nicht längst mit Handan gelegt zur Beschaffung eines deutschen Parlaments und einer deutschen Zentralgewalt? Redner bespricht dann insbesondere die hessische Industrie und die polizeiliche Bedrückung derselben, die in Folge des Grundsatzes eingeführt worden sei, daß die Noth zu Gott führe. Gesetzt, daß die Annahme des Vertrags noch weit mehr Nachtheile mit sich führe, als von den Gegnern behauptet werde, so könne der Industrie- und Gewerbestand doch „glücklich wie die Götter" gemacht werden, wenn man nur die Arbeit und das Talent entfessele. — Der Landtagskommissär bemerkt, der Regierung könne es wohl nur erwünscht sein, zu erfahren, wie die Versammlung von dem Vertrag denke. Einen Entschluß der Regierung könnte er hoffentlich bald mittheilen. — Abg. Sunkel freut sich der befriedigenden Erledigung, die der von ihm angeregte Gegenstand im Schoße der Versammlung gefunden habe, und spricht letzterer seinen Dank aus. — Noch einmal ergreift der Berichterstatter, Abg. Wiegand, zu einem kurzen, beredten Schlußvortrage das Wort, worauf zur Abstimmung geschritten wurde.

Koburg, 14. Dez. (A. Z.) Ueber das Gewerbegesetz hat ein neuer privater Verständigungsversuch zwischen der koburgischen Regierung und dem Landtag stattgefunden. Zur Beseitigung des Regierungsbedenkens: daß volle Konzessionsfreiheit der Preßgewerbe auch den wegen gemeiner Verbrechen der staatsrechtlichen Ehrenrechte verlustigen Personen zu gut komme, hat die Landtagskommission für diese Kategorie Konzessionspflichtigkeit als Ausnahme zugestanden. Die Regierung hat aber diesen Vorschlag als ungenügend abgelehnt. Die Landtagskommission hat hierauf die Verhandlung abgebrochen, weil Konzessionszwang für gutbeleumundete Staatsbürger unzeitgemäß und ohne rationellen Grund sei.

Dresden, 10. Dez. Die hiesige Handels- und Gewerbekammer hat in Betreff des Handelsvertrags folgenden Beschluß gefaßt:

Die Handels- und Gewerbekammer zu Dresden erklärt sich mit den Grundsätzen des deutsch-französischen Handelsvertrags, weil dieselben geeignet sind, dem Gebiete des deutschen Handels und der deutschen Industrie eine ersprießliche Erweiterung zu verschaffen und den Gefahren vorzubeugen, daß andere Nationen durch ähnliche Verträge einen Vorsprung gewinnen, einverstanden; sie hält aber den Fortbestand des Zollvereins und dessen Ausdehnung auf die ihm noch nicht angehörenden deutschen Länder für eine volkswirthschaftliche Nothwendigkeit, beziehentlich die Gefährdung des Zollvereins für ein unheilvolles Ereigniß, und darf zu der königl. sächsischen Staatsregierung das Vertrauen hegen, daß hochdieselbe unablässig bemüht sein werde, die in diesen Wünschen wenigstens nach den jetzigen Zeitverhältnissen liegenden Widersprüche zu befriedigender Lösung zu bringen.

Berlin, 13. Dez. Die „Kreuz-Ztg." bespricht den königl. Erlaß und zieht aus demselben sehr kühne Folgerungen in ihrem Sinne. Sie schreibt zuletzt:

Der königl. Erlaß läßt darüber keinen Zweifel, wie man an betreffender Stelle die Ueberzeugung gewonnen, daß die Zahl der unbedingt Treuen im Lande noch groß genug ist, um auch einer dunklen Zukunft mit Zuversicht und ohne Zweifel entgegengehen zu können, und daß, wenn schon so Viele ungerufen erscheinen, nur Wenige fehlen werden, sobald der Ruf des Königs erschallt.

Dasselbe Blatt schreibt: „Dem mehrfach verbreiteten Gerücht, daß unter den Ministern Graf Itzenplitz, v. Selchow und Graf zu Eulenburg noch ein Ressortwechsel stattfinden werde, können wir auf das bestimmteste widersprechen."

Das „Preuß. Volksblatt" eine Art Absenker der „Kreuz-Ztg." — gibt ein neues Programm, dem wir Folgendes entnehmen:

Der Staat zerfällt, wenn nicht ein einziger oberster Wille in ihm herrscht. Die Herrschaft ist das Lebenselement des Staates. Je stärker der oberste Wille, desto gesunder der Staat. Nun gut, in England stellt das Parlament diesen obersten Willen dar, in England regiert das Parlament unumschränkt, und gerade der englische Parlamentarismus in seiner unbedingten Ausbildung ist ein Beweis dafür, daß eine unumschränkte Herrschaft, eine absolute Gewalt für den Bestand des Staates nöthig ist. Bei uns ist das Königthum die Gewalt, welche von der preußischen Geschichte zu Nutz und Frommen des Volkes herausgebildet worden ist. Unser Königthum ist unser Parlament. Unser König ist unser Wähler, unser König ist unser Wille, ist unser Gesetzgeber.

Der sächsische Provinziallandtag hat den Schwerin'schen Entwurf der Kreisordnung mit 36 gegen 31 Stimmen angenommen. — Dänemark hat die letzte englische Note noch immer nicht beantwortet, was auf die Verlegenheit hinweist, in welcher man sich in Kopenhagen befindet. Zu einer europäischen Konferenz, mit deren Erörterung sich die dänischen Organe früher viel wußten, hat man dort jetzt aus begreiflichen Gründen viel weniger Lust.

◇ **Berlin**, 14. Dez. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Bismarck trat gestern Mittag das Staatsministerium zu einer Berathung zusammen. Um 4 Uhr Nachmittags hatte Hr. v. Bismark Vortrag beim Könige. Wie es heißt, sind in dem gestrigen Ministerrath mehrere für die innere Verwaltung wichtige Fragen zur Erörterung gekommen. Namentlich spricht man von Verhandlungen über die Beamten-Opposition. Gestern war das Staatsministerium in seinem jetzigen Bestande zum ersten Mal zur gemeinsamen Besprechung von Regierungsangelegenheiten vereinigt. — Die gestern von der „Kreuzzeitung" gebrachte Nachricht, daß die Regierung in Bezug auf den Postdebit der Zeitungen Maßnahmen beabsichtige, wird auch von anderen Seiten bestätigt. Es handelt sich dabei um die auswärtige Presse, in Betreff deren bekanntlich der Verwaltung die Entziehung des Postdebits gesetzlich zusteht. Besonders sollen dabei mehrere größere Organe der süddeutschen und der außerdeutschen Presse in's Auge gefaßt sein. Bei den Preßprozessen, welche hier in neuerer Zeit stattgefunden haben, sind auch verschiedene auswärtige Blätter wiederholt verurtheilt worden. — Der Handelsminister Graf v. Itzenplitz ist gestern in das Hotel seines Ministeriums eingezogen. Auch die neu ernannten Minister des Innern und der landwirthsch. Angelegenheiten, Graf v. Eulenburg und Hr. v. Selchow, haben gestern von ihren Amtswohnungen Besitz genommen. Der nunmehrige Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Geh. Rath v. Jagow, ist nach Potsdam übergesiedelt und hat sein neues Amt angetreten. Schon gestern wohnte derselbe als Chef der Provinzialverwaltung einer Sitzung des hiesigen Provinzial-Schulkollegiums bei. — Im Ministerium des Auswärtigen ist nunmehr der Geh. Rath v. Thile zum Unterstaatssekretär ernannt worden. Derselbe hat bereits gestern diese Stelle übernommen. Gestern früh traf der diesseitige Gesandte am großh. hessischen Hofe, Frhr. v. Canitz und Dallwitz, hier ein. Hr. v. Canitz kommt aus Rom, wohin er sich kürzlich von Darmstadt aus zu seinem erkrankten Bruder, dem diesseitigen Gesandten beim päpstlichen Stuhl, begeben hatte. Wie verlautet, wird der zum Bundestags-Gesandten ernannte Geh. Rath v. Sydow wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche seinen Posten in Frankfurt antreten. Der bisherige Vertreter Preußens beim Bunde, Frhr. v. Usedom, kommt binnen kurzem nach Berlin. In hiesigen politischen Kreisen wird fortdauernd mit großer Bestimmtheit versichert, Hr. v. Usedom werde an Stelle des Grafen Brassier de St. Simon den preußischen Gesandtschaftsposten in Turin erhalten. Der seitherige Vertreter Preußens in Brüssel, Geh. Rath Graf v. Redern, welcher bekanntlich für die Gesandtenstelle in St. Petersburg bestimmt ist, hat bereits am 7. d. M. dem König der Belgier sein Abberufungsschreiben überreicht. Der Graf trifft alsbald hier ein. Auch der diesseitige Gesandte am kaiserl. russischen Hofe, Graf v. d. Goltz, wird binnen kurzem hier erwartet. Wie es heißt, soll derselbe noch vor Neujahr den ihm verliehenen Botschafterposten in Paris übernehmen. — JJ. KK. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin verlassen heute Abend Venedig, um sich über Triest nach Wien zu begeben. Dort werden Höchstdieselben morgen eintreffen, und am Donnerstag früh nach Breslau weiter reisen.

Wien, 12. Dez. Die Zeitungen haben schon mehrfach die eine oder die andere Persönlichkeit, in neuester Zeit mit großer Sicherheit und Uebereinstimmung den Ministerialrath Hrn. v. Hock als designirt genannt, bei den bevorstehenden Zollvereins-Konferenzen in München als Vertreter Oesterreichs zu fungiren. Die „Südd. Ztg." kann positiv versichern, daß Oesterreich zu diesen Konferenzen weder eingeladen ist, noch eingeladen werden wird, noch auch nur auf eine Einladung sich Rechnung macht, und daß es also nicht in der Lage ist und keine Veranlassung hat, irgend einen Repräsentanten dorthin zu senden.

Einer von den eifrigsten Vorkämpfern des Liberalismus in Tyrol, der Bürgermeister Streiter von Bozen, der seinen kriegerischen Namen nicht vergeblich führt, hat zwei Hefte „Studien eines Tyrolers" im Druck erscheinen lassen. Er kommt auch auf die österreichische Verfassungsfrage und das Verhältniß zu Deutschland gelegentlich zu sprechen, und erklärt sich für die Ansicht, die wohl gegenwärtig von den liberalen Deutsch-Tyrolern ziemlich allgemein getheilt wird. Sie läuft auf eine Spaltung des österreichischen Reichsraths in zwei Gruppen hinaus, deren erste ausschließlich die zum Bund gehörigen Länder vertreten soll, während die andere von den Abgeordneten der ungarischen und slavischen Länder gebildet wird. Die beiden Körper hätten sich „nur etwa zur Verhandlung der Finanzfrage" einmal im Jahr zu vereinigen. Bei dieser Einrichtung, glaubt man, könne Deutsch-Oesterreich seine bisherige Stellung zu Deutschland behaupten; der gegenwärtige Zustand dagegen sei auf die Dauer nicht haltbar.

Die deutschen Bundesstaaten können es nie dulden, daß der österreichische Reichsrath, sei es nun der gesammte oder der engere, auf die Festsetzung des Kriegsfalles und der Bundeshilfe, auf die Zoll-, Handels- oder sonstige Gesetzgebung Einfluß nehme oder die Wirksamkeit dieser letzteren von dessen Zustimmung abhänge. Treten hingegen nur die deutsch-österreichischen Erbländer in nähere Beziehungen zu Deutschland, so verändert sich ihre Stellung zum Gesammtstaat wesentlich; sie erhalten eigene Gesetze, ein eigenes Kriegsrecht und Bundesgericht, und scheiden somit von selbst aus dem engern Reichsrath.

* **Wien**, 13. Dez. (Zur Bankfrage.) Die gemischte Kommission der beiden Häuser des Parlaments ist rascher zum Ziele gelangt, als man vermuthete. Man hat sich gestern in allen Punkten geeinigt und wird schon Montag im Abgeordnetenhause, Dienstag oder Mittwoch im Herrenhause die Annahme beantragen. Ueber die Bedeckung war man bereits, wie wir gemeldet, vorgestern zu einem Beschlusse gelangt. Die Verzinsung wurde gestern nach einem Vermittlungsantrage des Prof. Herbst mit einer Modifikation der Mitglieder des Herrenhauses angenommen. Bekanntlich hatte das Abgeordnetenhaus die Verzinsung der Anleihe von 80 Millionen abgelehnt, das Herrenhaus hatte eine jährliche Pauschsumme von 1,060,000 fl. votirt. Die Differenz entstand dadurch, daß die Ersteren von der Ansicht ausgingen, die Dividende der Bank werde sich auch ohne Verzinsung auf 7 Proz. belaufen, was als eine genügende Verzinsung des Bankkapitals betrachtet wurde, während von der andern Seite und auch von dem Bankausschusse ein solcher Ertrag beim Ausfall der Anleiheverzinsung bezweifelt wurde. Diese Meinungsverschiedenheit ist nun durch den Antrag des Prof. Herbst dahin beglichen worden, daß man sich darüber einigte, daß der Staat die Summe, welche zum Behuf einer jährlichen Dividende von 7 Proz. abgehen sollte, bis zur Höhe von einer Million zu ergänzen sich verpflichtet. Es ist hiemit allen Anforderungen entsprochen. Erreicht die Dividende 7 Proz., so hat der Staat nichts zu zahlen, und die Aktionäre haben keinen Grund, sich zu beklagen; bleibt die Dividende unter 7 Proz., so wird dem Prinzip der Billigkeit entsprochen, daß dem Staat keine unberechtigten Opfer gebracht werden.

Der Antrag des Prof. Herbst wurde mit 11 gegen die 1 Stimme des Abg. Rosthorn angenommen. Die Frage der Notenbedeckung, welche gleichfalls eine Hauptdifferenz zwischen beiden Häusern bildete, ist nun durch die Annahme des heutigen Antrags gleichfalls als gelöst zu betrachten, da der in der vorigen Kommissionssitzung vom Prof. Hasner gestellte Vermittlungsantrag von den Herrenhaus-Mitgliedern unter der Bedingung angenommen wurde, daß es auch in den übrigen Punkten zu einer Verständigung kommt.

Nachdem diese Hauptpunkte erörtert worden waren, ging man zu den Einzelheiten des Uebereinkommens und dann zur Berathung der Statuten über. §. 1 handelt von der Privilegiumsdauer; das Abgeordnetenhaus hatte dieselbe auf zehn, das Herrenhaus auf vierzehn Jahre verlängern wollen. Schließlich einigte man sich in der gemischten Kommission dahin, die Verlängerung für nicht länger als zehn Jahre zu bewilligen. Der Beschluß wurde einhellig gefaßt. Die andern, meist nur stylistischen Aenderungen der Statuten wurden nach dem Antrag des Herrenhauses angenommen. Ebenso das Reglement.

Der Schluß der Session des Reichsraths wird Donnerstag den 18. d. M. im Rittersaale durch Se. Maj. den Kaiser stattfinden.

Oesterreichische Monarchie.

Venedig, 10. Dec. (Köln. Ztg.) Gestern Abend ist der Kronprinz von Preußen mit Gemahlin von Mailand her an der Porta Nuova in Verona eingetroffen. Der Kaiser von Oesterreich schickte ihnen zur Begrüßung einen Feldmarschall-Leutnant an die Grenze entgegen. Am Bahnhof in Verona, um den sich eine ungewöhnlich große Menge neugieriger Soldaten geschart hatte, wurden sie von den Spitzen der dortigen Zivil- und Militär-Behörden empfangen. Der Feldzeugmeister Benedek stieg mit ihnen in einen bereit stehenden Hofwagen ein und begleitete sie in den Gasthof. Eine Militärparade, die ihnen zu Ehren für heute schon vorbereitet war, haben sie abgelehnt. Der Delegat führte heute die hohen Reisenden durch die Stadt, wobei sie für die architektonischen Sehenswürdigkeiten ein besonderes Interesse bezeigten. Sie verweilten lange im Amphitheater, in der Basilica S. Zeno und im Dom, und haben ihrem Begleiter ihre Ueberraschung wiederholt zu erkennen gegeben. Die Festungswerke waren umsonst zu ihrem Besuche vorbereitet. Heute Nachmittag sind sie von Verona abgereist und werden am hiesigen Bahnhofe, ebenso wie in Verona, empfangen werden. Nachdem sie in den nächsten drei Tagen die Kunstschätze von Venedig werden besichtigt haben, gedenkt die Frau Kronprinzessin den Sterbetag ihres seligen Vaters in stiller Zurückgezogenheit zu begehen und mit ihrem Gemahl am 16. die Reise nach Wien fortzusetzen.

Frankreich.

δ **Paris**, 13. Dez. Das Publikum verfolgt mit einem mehr als gewöhnlichen Interesse die Verhandlungen über Mexiko in den spanischen Cortes, und die vorgelegten Depeschen des Generals Prim sind nicht geeignet, diese selbst in der Armee wenig populäre Expedition populärer zu machen. Es wird fortwährend auf das bestimmteste versichert, daß General Forey 10- bis 12,000 Mann Verstärkungen verlangte, und die allmälige Absendung dieser Truppen soll bereits ganz im Stillen begonnen haben. — Die griechische Frage steht unter den politischen Besorgnissen stets obenan. Wenn man auch mit England dahin einverstanden ist, daß der künftige König der Griechen nicht Prinz Alfred sein soll, so scheint man doch noch weit davon entfernt, sich wegen des den Griechen vorzuschlagenden Kandidaten verständigen zu können. England, bis zu einem gewissen Punkte auch Rußland sind bekanntlich für den König Ferdinand von Portugal, welcher übrigens, nach den neuesten Nachrichten aus Lissabon, entschlossen scheint, einen deßfallsigen Antrag abzulehnen. Frankreich dagegen, welches diesem Plan, welcher dem englischen Einfluß in Griechenland Thür und Thor öffnen würde, durchaus nicht geneigt ist, sucht eifrigst nach

einem andern Kandidaten. Man soll auf den jungen Herzog Robert von Parma gefallen sein, welcher, obgleich er ein Bourbon ist, der kaiserl. Regierung zu passen scheint. — In gewissen italienischen Kreisen schreibt man Garibaldi große Pläne zu; man sagt, daß er sofort nach seiner Genesung eine Reise durch Italien antreten werde, um das erlöschende Feuer seines Anhangs neu anzufachen. Garibaldi aber ist noch nicht hergestellt, seine Genesung wird lange dauern, und es ist sehr fraglich, ob er noch Kraft und Energie genug haben wird, dem ersten Theil seiner Lebensgeschichte, welcher mit Aspromonte schloß, einen zweiten beizufügen. Mittlerweile bemüht sich die Turiner Regierung, für Neapel eine Armee von 90,000 Mann aufzustellen, um der Briganti Herr zu werden. General Lamarmora hat, wie man aus Turin erfährt, auf Wunsch des Königs und Ansuchen des Hrn. Farini eingewilligt, seine Entlassung als Präfekt von Neapel zurückzuziehen. In der That scheint die Regierung die Mitwirkung dieses energischen Generals sehr nöthig zu haben. Die „France“ will selbst in einem piemontesischen Bericht aus Neapel die Worte gelesen haben: „Die neapolit. Bevölkerung ist uns ganz und gar feindlich, und wir besitzen im Süden lediglich nur den Boden, welchen unsere Truppen materiell besetzt halten.“ Mag das auch übertrieben sein, so ist die Lage im Süden Italiens doch jedenfalls sehr mißlich. — Nächste Woche wird eine Broschüre über die italienische Einheit bei Dentu erscheinen, welche man den Inspirationen des Hrn. Drouyn de Lhuys zuschreibt. Dieselbe stellt dieser italienischen Einheit ein schlimmes Horoskop. Der ungenannte Verfasser sieht kein Heil und keine Rettung für Italien, als in der Rückkehr zur Konföderation und zu den Verträgen von Zürich. Um diese Rückkehr zu ermöglichen und die sich bekämpfenden Einflüsse der in der italienischen Frage zunächst betheiligten Großmächte zu beseitigen, schlägt er vor, daß sie mit in die Konföderation treten. Oesterreich für das venezianische Königreich, Frankreich für Nizza, und England endlich, kraft seiner Herrschaft über Malta. Natürlich ist dieser neuen Kombination nicht mehr Lebensfähigkeit zuzutrauen, als allen übrigen; doch ist diese Broschüre nicht ohne Interesse als Zeichen der Zeit! Der Statusquo ist übrigens Alles, was man hier will und bezweckt. „Erwarten Sie von mir nichts Besonderes — äußerte noch dieser Tage Hr. Drouyn de Lhuys — ich habe bei Uebernahme des Portefeuilles Nichts verlangt und Nichts versprochen.“ — Man bemerkt in hiesigen offiziellen Kreisen, daß der Kronprinz von Preußen, welcher bekanntlich über Wien reist, Turin auf seiner Reise durch Italien nicht berührte. — Zu dem Feste im Schloß Ferrières werden sämmtliche Mitglieder der Familie Rothschild aus London, Wien und Frankfurt erwartet. Unter den deutschen Bankiers weiß man besonders viel von der Pracht eines neuen Saals zu erzählen, für welchen Rothschild für 800,000 Fr. Gemälde ankaufen ließ und welchem er den Namen „salon Napoleon III.“ beizulegen gedenkt. — Die Börse war auch heute flau und geschäftslos. Rente 70.65, ital. Anl. 71.60. Cred. Mob. nominell 1112.

Spanien.

* **Madrid**, 12. Dez. Senat. Marquis Miraflores widerlegt die Rede Prim's. Er beklagt, daß derselbe nicht mit den Franzosen nach Mexiko gegangen sei, und erklärt, daß er die Uebereinkunft von Soledad nicht hätte abschließen sollen. Nach der Ansicht des Redners ist der Londoner Vertrag gebrochen. General Prim und der englische Bevollmächtigte, Wyke, hatten einen neuen Vertrag vorgeschlagen; Jurien hatte ihn nicht unterzeichnet. Marquis Miraflores verlangt, daß, wenn Mexiko seinen Verpflichtungen nicht nachkommie, Spanien es mit Gewalt dazu anhalten solle. Der Minister des Auswärtigen, Calderon Collantes, bedauert, daß der Parteigeist die mexikanische Frage so entstellt, und daß man bei dieser Gelegenheit gesucht habe, Kälte in die Beziehungen zwischen Spanien und den andern Mächten zu bringen. Der Minister weist gewisse Befürchtungen Prim's zurück, der den französischen Bevollmächtigten nicht die Schuld des Bruchs der Konferenzen hätte geben sollen. Er erkennt an, daß man im Londoner Vertrag über zwei Punkte einig war; man mußte seine Forderungen vorbringen und nicht mit Juarez unterhandeln.

* **Madrid**, 13. Dez. Senat. Der Minister bemerkt weiter: Die leitende Idee des Londoner Vertrags sei gewesen: 1) Genugthuung zu verlangen; 2) den traurigen Zuständen in Mexiko ein Ende zu machen, ohne sich in dessen innere Angelegenheiten einzumischen. Hr. Calderon liest eine Note von Lord J. Russell vor, welche diesen Plan billigt. Er erinnert daran, daß dieselben Ansichten in den Eröffnungsreden der Kammern Frankreichs, Englands und Spaniens ausgedrückt worden seien. Spanien mußte großmüthig gegen seine frühere Kolonie auftreten. Die übertriebenen Forderungen Frankreichs waren die erste Ursache der Uneinigkeit. Die an Juarez gerichtete gemeinschaftliche Note hatte zum Zweck, den schlimmen Eindruck dieser Forderungen zu vernichten. Diese Note war den von Madrid geschickten Weisungen nicht entsprechend; sie wurde von den drei Mächten mißbilligt, doch war ein Bruch nicht zu fürchten. Ein zweiter Grund zur Uneinigkeit lag in der Ankunft Miramon's in Vera-Cruz und in dem Auftreten des englischen Bevollmächtigten Wyke, der ihn nicht an's Land gehen ließ. General Prim verlangte, daß man ihn landen lasse; allein das Verlangen wurde zurückgewiesen. Da Juarez nunmehr sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen erbot, so nahm die Frage eine andere Gestalt an. Die Eröffnung der Feindseligkeiten wurde unmöglich. Der Minister billigt einen Theil der Bestimmungen von Soledad, und mißbilligt einen andern. Der französische Gesandte in Madrid schrieb, daß die spanische Regierung die Uebereinkunft von Soledad mißbillige, während die Depesche des Madrider Kabinets einfach zum Gegenstand hatte, der französischen Regierung von den Ansichten Spaniens in dieser Beziehung Kenntniß zu geben. Es erging der Befehl an General Prim, die Konferenzen von Orizaba abzuwarten, und wenn sie ein befriedigendes Resultat ergäben, mit den Franzosen gegen Mexiko zu marschiren. Redner weist die Bezeichnung „unwürdig“ zurück, welche Hr. Billault der Uebereinkunft von Soledad ertheilt hatte. Dieselbe sei ein Akt der Großmuth gegen einen schwachen Gegner gewesen. Niemals würde das Madrider Kabinet sie gebilligt haben, wenn dasselbe sie als einen Spaniens „unwürdigen“ Akt hätte ansehen können.

Baden.

△ **Bruchsal**, 13. Dez. Bekanntlich kommen in den Landorten die sog. Wohnungs- oder Herbergsrechte (d. h. das Recht des lebenslänglichen, unentgeltlichen Wohnsitzes in gewissen Theilen eines Hauses) sehr häufig vor und sind für die Berechtigten wegen des Mangels an Miethwohnungen sehr wichtig. Hierüber hat nun kürzlich das Hofgericht eine interessante Streitfrage mehrmals gleichmäßig entschieden, indem es aussprach, daß, wenn das belastete Haus durch Brand zerstört und mit den Brandentschädigungs-Geldern wieder aufgebaut wird, das darauf ruhende Wohnungsrecht erloschen ist und nicht wieder auflebt.

* **Bruchsal**, 13. Dez. Mit dem heurigen Ergebniß der Jagd sind die Jagdliebhaber sehr unzufrieden, da es sehr wenig Hasen gibt; so wurden unlängst auf einem großen Treibjagen nur etliche und 80 Hasen geschossen, während im vorigen Jahre die Zahl der dort erlegten Hasen über 200 betrug. Wohl in Folge dessen sind bei der heutigen Versteigerung der städtischen Jagden die Angebote meistens weit unter dem vormaligen Erlös geblieben, und nur dann darf die Gemeinde auf bessere Erlöse hoffen, wenn sie nach dem Wunsche der Jagdliebhaber die unzweckmäßig kurze Pachtzeit von drei Jahren auf sechs oder neun Jahre erhöht.

Die Veruntreuungen des entwichenen Stadtrechners J. stellen sich in immer größerem Betrage heraus, so daß man jetzt schon deren Summe zu etwa 20,000 fl. anschlägt, welche sich durch Prüfung der Rechnungsführung vielleicht noch erhöhen dürfte. Außerdem hat der Entwichene noch bedeutende Privatschulden hinterlassen. Leidenschaftliches Hazardspielen ist die Ursache dieses Vorfalles; schon vor 2 Jahren verlor J. an der Bank zu Baden einige Tausend Gulden und wurde von dort, als Namen und Stellung bekannt wurden, weggewiesen. Auf die deßfallsige Mittheilung aus Baden fand ein Kassensturz statt; allein es fand sich Alles in Ordnung. Höchst wahrscheinlich hat aber J. seither seiner Leidenschaft an andern Orten gefröhnt und dabei bedeutende Verluste erlitten, welche er bei herannahender Rechnungsstellung durch gewagtes Spiel decken wollte. Denn es ist erhoben worden, daß er in den letzten Tagen vor seiner Flucht unter falschem Namen zu Homburg und Wiesbaden war, wo er an den Banken etwa 19,000 fl. verspielte. Nun kehrte er hieher zurück, und da seine Stellung unhaltbar war, nahm er die noch in der Gemeindekasse vorhandenen 6- bis 800 fl. und entfloh damit.

* **Pforzheim**, 14. Dez. Ich berichtete Ihnen kürzlich über die Anwesenheit und Thätigkeit des Methodistenpredigers H. zur Jakobsmühlen dahier. Die Mission dieses Abgesandten seiner Glaubensgenossen war eine nur kurze, denn heute findet dessen Begräbniß hier statt. Möge ihm auch in fremdem Lande die Erde leicht sein!

* Aus dem Mittelrheinkreis, 13. Dez. Nach einem an die evangelischen Pfarrämter ergangenen Erlaß der obersten Kirchenbehörde hat die auf das erste Weihnachtsfest vorigen Jahres für die Anstalten zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder in den Kirchen erhobene Kollekte 2723 fl. 20 kr. ertragen. Davon erhielt der Verein zu Rettung solcher Kinder 1350 fl., die Hardtstiftung zu Welschneureuth 300 fl., das Lahrer Waisen- und Rettungshaus zu Dinglingen 240 fl., das Rettungshaus Riesernburg bei Pforzheim 240 fl., die vereinigte Odenwälder und Weinheimer Rettungsanstalt, Pilgerhaus bei Weinheim, 240 fl., das Rettungshaus Friedrichshöhe zu Tullingen 175 fl., das Rettungshaus in Mannheim 130 fl., und das Waisenhaus Georgshilfe bei Wertheim 45 fl.

△ **Vom Neckar**, 14. Dez. Im Tabaksgeschäft ist fortwährend viel Leben, und die Preise erhalten sich auf ihrer bisherigen Höhe, 15 bis 18 fl. für geringere, 23—25 fl. für bessere Sorten. So hohe Preise für neue Tabake, die erst in einiger Zeit für Fabrikation sich eignen, sind seit 10 Jahren nicht mehr erzielt worden, und beweisen, wie sehr das Produkt in Folge des amerikanischen Bürgerkriegs überall gesucht ist. In der That sind es hauptsächlich die Niederlande, Belgien und Holland, die sonst fast ausschließlich amerikanische Tabacke importirten und verbrauchten, wohin gegenwärtig unsere Pfälzer Tabake ihren Hauptabsatz finden. Dagegen ist der englische Markt für uns ziemlich flau geworden, da das diesjährige Gewächs gegen die im Herbst gehegten Erwartungen beim Abhängen ziemlich fetthaltig sich zeigt, was man in England nicht liebt. Im übrigen Produktenhandel ist es stille, besonders im Getreidehandel, der sonst um diese Jahreszeit besonders belebt war. Die Fruchtpreise zeigen auch bei uns, wie auf den bayrischen Märkten, vorherrschend Tendenz zum Fallen.

Weinheim, 14. Dez. Sieben Kandidaten sind bereits für den Wahlbezirk Weinheim-Ladenburg zur Abgeordnetenstelle in Vorschlag gebracht worden, vier aus Mannheim, (Baumann, Eller, Kunzmann, Schröder), zwei von hier (Heintze, Weisbrod), und einer von Heidelberg (Pagenstecher). Einen achten Kandidaten stellt das „Mannh. Journ.“ auf: den Hrn. Obergerichtsadvokaten Dr. Ladenburg in Mannheim.

Mannheim, 14. Dez. In der gestrigen Versammlung des Nationalvereins hielt Hr. Dr. Ule als Gast einen ausgezeichneten und von den Zuhörern warm aufgenommenen Vortrag über die Bestrebungen des deutschen Volks seit den Befreiungskriegen von 1813 zur Geltendmachung der ihm verheißenen Rechte und mahnte zu nachdrücklicher Unterstützung des hohen Zwecks des Vereins. Hr. Professor Baumann knüpfte hieran, und unter Beziehung auf die in der letzten Versammlung gegen den Vorstand geschehenen Angriffe, an, die Mitglieder zu der den Vereinszwecken ersprießlichen Theilnahme aufzufordern, wornach Hr. Dr. Ladenburg die, nach mehreren Zwischenreden genehmigte, Unterstützung der preußischen Volkskasse vorschlug. Der Umstand, daß bei der letzten Vorstandswahl statt des siebenten Ausschußmitglieds drei mit Stimmengleichheit gewählt wurden, von diesen aber zwei ablehnten, so daß für das fehlende Hr. Dr. Eller durch Kooptation in den Ausschuß berufen wurde, gab, durch eine Erklärung Eller's veranlaßt, Ursache zu einer sehr unerquicklichen Debatte, wobei sich Hr. Eberstadt, die Skrutatoren bei der letzten Vorstandswahl ꝛc. betheiligten, und den Vorstand veranlaßten, auf ihre Stellung, die der Rosen wenige, der Dornen aber viel boten, zu verzichten, so daß in der nächsten Versammlung eine neue Wahl vorzunehmen ist.

Mannheim, 14. Dez. (Mannh. J.) Von der für unsere Stadt so wichtigen Frage der stehenden Rheinbrücke und des Personenbahnhofs war es seit einiger Zeit so still geworden, daß begreiflicher Weise die Nachricht der gestern deßhalb zusammenberufenen Gemeinderathssitzung großes Interesse erregte, und können wir, den uns gewordenen Mittheilungen zufolge, die zur Begutachtung vorgelegten sechs Pläne wie folgt näher bezeichnen. Plan A hat eine gerade Brücke über den Rhein, von da durch die Mühlauinsel, die Bahn um die Stadt zum jetzigen Bahnhof im Auge; Plan B bezieht sich auf eine schräg über den Rhein, am Eingang des Hafenbassins nächst dem Europäischen Hof herüberkommende Brücke, die Bahn von da durch das Lyceum vor dem Schloß vorübergehend in einen Bahnhof in den Baumschulgärten; nach Lit. C ginge die Brücke in einem Winkel von 72° schräg über den Rhein, an der Rheinlust herüber, von der die Bahn durch den botanischen Garten um die Stadt zum jetzigen Bahnhof geht, eine Einsteighalle würde dabei am Rheinthor errichtet; nach Lit. D soll die Brücke ebenfalls schräg bei der Rheinlust herüber kommen, die Verbindung zu dem in den Baumschulgärten zu errichtenden Bahnhof käme durch das Lyceum und vor dem Schloß vorbei; Lit. E will eine Brücke etwas mehr oberhalb, in gerader Richtung, bei den auf dem Rheindamm stehenden vier Linden herüber, die Verbindung zu dem alten Bahnhof durch den botanischen Garten und um die Stadt herum, auch dabei ist eine Haltstation am Rheinthor vorgesehen; der letzte Plan F will dieselbe Brückenrichtung, die Bahn aber rechts abbiegend durch den Schloßgarten zu dem am Heidelberger Thor zu errichtenden Bahnhof, der aber Kopfstation würde. — Ueber diese Pläne hat sich der Gemeinderath, der deßhalb eine Kommission, aus den HH. Held, Jörger, Löwenhaupt, Reiß und Ritter bestehend, ernannt hat, und die großh. Handelskammer binnen 8 Tagen gutachtlich zu äußern.

Vermischte Nachrichten.

□ **Frankfurt**, 14. Dez. Das Zentralkomitee des deutschen Schützenfestes hatte auf gestern Abend den Gesammtfestausschuß zu einer Sitzung eingeladen, um den Rechenschaftsbericht abzulegen und die Schritte zur Deckung des Defizits zu berathen. Die Versammlung war von kaum mehr als 100 Theilnehmern (Komiteemitgliedern) besucht. Aus dem Vortrag des Vorstandes des Zentralkomitee's, Dr. S. Müller, theilen wir nachstehende Zahlen von allgemeinerem Interesse mit: Die Gesammtunkosten des Festes belaufen sich in runder Summe auf 366,000 fl. (die Baukosten, 119,000 fl., haben den Voranschlag am meisten überschritten; der Sturm am 6. Juli verursachte einen Schaden von 25,305 fl.). Das wirkliche Defizit stellt sich auf 46,548 fl. (Die Schießkarten erzielten nur eine Einnahme von 10,000 fl., das Abonnement 24,000 fl.) Der Pächter des Rothschild'schen Gutes, auf dem die Schießhalle stand, macht eine nachträgliche Forderung von 3000 fl. geltend, deren Uebernahme Rothschild ablehnte. Der Senat, dem das Zentralkomitee die Rechnungen ablegte, erklärte, „Weiteres verfügen“ zu wollen, wenn von Seite der Garantiezeichner 30,000 fl. gezahlt seien, d. h. also, 17,000 fl. auf die Stadtkasse zu übernehmen; es hätten die Aktionäre somit 25 Proz. ihrer unterzeichneten Summe zu decken. Eine lange und mitunter gereizte Debatte entstand nach dem Vortrag des Präsidirenden darüber, ob die Offerte des Senats angenommen werden solle oder nicht. Dr. Friedleben stellt in dieser Beziehung den Antrag, „daß das Anerbieten des Senats abgewiesen und das ganze Defizit, mit Ausnahme des Sturmschadens, von den Aktionären übernommen werden solle.“ Der Antrag wurde mit einer schwachen Majorität verworfen. Ein gleiches Schicksal hatte der Antrag von Dr. Stern: „Die Versammlung ist nicht berechtigt, die 17,000 fl. des Senats abzulehnen, ohne die Aktionäre zu befragen.“ Auch ein Antrag von Dr. Passavant, der Senat solle vorher eine definitive Resolution fassen, wie viel er zahlen wolle, wurde abgelehnt. Dr. S. Müller resumirte den Inhalt der Debatte, machte darauf aufmerksam, daß das Defizit an Zinsen bei der Meininger Bank (welche die Geldgeschäfte besorgt) täglich um 7 fl. wächst, und beantragte schließlich, die Senatsproposition anzunehmen, 25 Proz. bei den Garantiezeichnern einzuziehen, und das Weitere dem Senat zu überlassen. Dieser Antrag wurde dann mit einer kaum nennenswerthen Majorität zum Beschluß erhoben. Die Versammlung ging hierauf ziemlich unbefriedigt auseinander.

— **Berlin**, 13. Dez. Der Prediger Schöppe und dessen Sohn der Student Schöppe standen seit Montag vor dem Schwurgericht, angeklagt der Urkundenfälschung und eines Diebstahls von ca. 2000 Thlrn. zum Nachtheile des Grafen Blankensee. Nach viertägiger Verhandlung wurde der Sohn zu fünf Jahren Zuchthaus und der Vater wegen einfacher Hehlerei unter mildernden Umständen zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt.

— **Köslin**, 9. Dez. Der hier im aktiven Dienst befindliche Bataillons-Commandeur, Major v. Sack, erließ dieser Tage, wie man der „Ostsee-Ztg.“ mittheilt, an den Major a. D. D. Beitzke (Abgeordneter für Dortmund) die Anfrage: ob er derselbe Beitzke sei, welcher vor ca. 14 Tagen in Gemeinschaft der Kaufleute Behrend und Brose sich bereit erklärt habe, Beiträge für den National-Fonds anzunehmen. Beitzke antwortete hierauf in kurzen Worten, daß er allerdings derselbe sei. Man ist hier jetzt gespannt, ob irgend ein Schritt gegen Beitzke geschehen wird.

Danksagung.

Nachdem uns unterm 10. d. M. durch das hochwürdige evangelische Dekanat Schopfheim das Ergebniß der allgemeinen Landeskollekte, welche der hohe evangelische Oberkirchenrath zu Gunsten unseres Kirchbaues auf den Monat Oktober angeordnet hat, mit 2914 fl. 6½ kr. eingehändigt worden ist, folgen wir dem Drang unseres Herzens, wenn wir hiermit sämmtlichen Gebern und Förderern dieser brüderlichen Handreichung, insonderheit der obersten Kirchenbehörde selbst, unseren herzlichen Dank dafür aussprechen. Möge dieselbe, wie sie eine That der Liebe und des Glaubens gegen solche Glaubensgenossen ist, welche vieler kirchlicher Einrichtungen noch ermangeln, auch eine Quelle bleibenden Segens für unsere theure Landeskirche und unsere eigene Gemeinde sein!

Säckingen, den 12. Dezbr. 1862.

Im Namen des evangel.-protestantischen Kirchenvorstandes.
K. Siegrist, Pfarrer.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 16. Dez. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement, zum Vortheil der hiesigen Armen, neu einstudirt: **Doktor Faust's Hauskäppchen**, oder: **Die Herberge im Walde**; Posse mit Gesang in 3 Akten, von F. Hopp. Musik von Hebenstreit.

Theater in Baden.

Mittwoch, 17. Dez.: **Die Räuber**; Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

Z.q.919. Emmendingen. Entfernten Verwandten und Freunden geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Gatte, Vater, Schwiegervater, Großvater,

Präzeptor J. Renck dahier,

am 12. d. M. nach längerem Leiden, 68 Jahre 11 Monate alt, sanft entschlafen ist.

Emmendingen, den 13. Dezember 1862.

Kath. Renck Wwe.
Ludwig Renck, Oberamtmann.
Minne Renck, geb. Becker.
F. X. Wurth, Militärarzt.
Frieda Wurth, geb. Renck.
Phil. Bauer, Pfarrer.
Babette Bauer, geb. Renck.
August Winther, Referendär.
Sophie Winther, geb. Renck.

Z.q.990. Karlsruhe. Entfernten Verwandten und Freunden gebe ich hiermit die Trauerkunde von dem am 11. d. M. erfolgten Hinscheiden meiner Schwägerin, Fräulein Elise von Dawans, mit der Bitte um stille Theilnahme.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1862.

Dr. Schrickel,
Geh. Rath und Leibarzt.

Z.q.991. Basel. Entfernte Verwandte und Bekannte benachrichtigen wir, daß unser lieber Gatte, Vater, Bruder und Schwager, Kaufman Wilhelm Sevin in Basel, den 7. Dezember nach längeren Leiden in einem Alter von 48 Jahren sanft entschlafen ist.

Basel, den 13. Dezember 1862.

Die Hinterbliebenen.

Z.q.940.

Verein

zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder im Großherzogthum Baden.

Beim Herannahen der heiligen Weihnachtszeit, in welcher die Herzen guter Menschen sich so freudig bewegt und gehoben fühlen, darum auch willig und gerne der Unglücklichen und Verlassenen gedenken, erlauben wir uns auch dieses Jahr wieder, die uns zur Rettung aus leiblicher und geistlicher Noth übergebenen armen Kinder, der so oft schon bewährten Mildthätigkeit glücklicher Bewohner unseres engeren theuern Vaterlandes angelegentlichst zu empfehlen. Möchten doch recht viele Wohlthäter durch Gaben der Liebe für unsere Kinder sich selbst und diesen eine recht innige Weihnachtsfreude bereiten. Die unterzeichneten Mitglieder des Verwaltungsraths nehmen auch die kleinste Gabe, bestehe solche in Geld, Kleidern, Kleiderstoffen, oder in was immer, dankbarst entgegen.

Karlsruhe, den 12. Dezember 1862.

Deimling, Kassier der gr. Amortisationskasse.
Forch, Geheimer Finanzrath.
Gaß, Geistlicher Rath.
Gerwig, Finanzrath.
Helm, Oberkirchenraths-Assessor, als Sekretär des Vereins.
Dr. Homburger, praktischer Arzt.
Kachel, Münzrath.
C. Kölitz, Revisor, als Vereinskassier.
Laubis, Oberschulrath.
Roos, Gemeinderath.
Roth, Dekan und Kirchenrath.
Sachs, Oberamtsrichter, als Direktor des Vereins.
von Stockhorn, Geh. Regierungsrath.
von Stösser, Geheimerrath.
Vogel, Buchdruckereibesitzer.
Willstätter, Rabbiner.

Z.q.931.

Zu Festgeschenken

hält die

A. Gessner'sche Buchhandlung in Karlsruhe

ihr mit großer Sorgfalt **reich** ausgestattetes

Weihnachtslager

von Büchern, Kunstsachen u. s. w.

für jedes **Alter** und jeden **Stand**

geneigter Berücksichtigung bestens empfohlen **und ladet zum Besuch ihres Lokals höflichst ein.**

Sendungen zur Ansicht und Auswahl werden auf Verlangen bereitwilligst ausgeführt.

Sämmtliche, von anderen Buchhandlungen angezeigte *Bücher* u. s. w. sind bei ihr um dieselben Preise zu finden.

Jugendschriften von Martin Claudius:

1001 NACHT.

7. AUFLAGE.

16tes und 17tes Tausend.

288 Seiten mit colorirten Bildern. Einband in orientalischem Styl.

Preis 25 Sgr. = 1¼ Guld. rhein.

Mährchenschatz

aus

1001 Nacht.

Neu erschienen.

290 Seiten mit colorirten Bildern. Einband in orientalischem Styl.

Preis 25 Sgr. = 1½ Guld. rhein.



Aelter als ein Jahrtausend ist die 1001 Nacht, aber nie wird sie veralten, noch immer erfreut sich Jung und Alt an diesen phantasiereichen Mährchen, diesen echt orientalischen Dichtungen. Kein Jugendfreund wird aber das Werk in seiner ursprünglichen Gestalt der Jugend in die Hand geben, er wird es daher dem bewährten Jugendschriftsteller Claudius danken, dass er die 1001 Nacht der Jugend in einer Gestalt darbietet, die alles für sie Anstössige streng vermeidet, die die jugendliche Phantasie anregt ohne sie zu erhitzen, die unter der Hülle des Mährchenhaften einen sittlich veredelnden Inhalt bietet.

Nach jahrelangen Bemühungen ist es der Verlagshandlung gelungen, jedes der beiden Mährchenbüchner bei einem Umfange von fast 300 Seiten schön colorirten Bildern, reichem und solidem Einbande für nur 25 Sgr. (1¼ Gulden) dem Publikum darbieten zu können; es sind dies die verhältnissmässig billigsten deutschen Jugendschriften.

Vorräthig in der A. Gessner'schen Buchhandlung in Karlsruhe.

Z.q.935.

Z.q.954. Karlsruhe.

Schöne Bonbonièren zu sehr ermäßigten Preisen empfiehlt

Heinrich Fellmeth.

Z.q.953. Karlsruhe.

Heinrich Fellmeth,

Hoflieferant Sr. Durchlaucht des Fürsten Carl Egon zu Fürstenberg,

zeigt hiermit ergebenst an, daß seine

Weihnachts-Ausstellung

eröffnet ist, und ladet zu deren Besuch höflich ein.

Auswärtige Bestellungen werden pünktlich und wohlverpackt ausgeführt.

Z.q.955. Karlsruhe.

Schaumkonfekt, verschiedene Sorten, bei *Heinrich Fellmeth.*

Die Krankenheiler Quellsalzseife,

aus dem Krankenheiler Jodschwefelbrunnen bereitet, ist nach Attesten der anerkanntesten Aerzte Deutschlands gegen **Unreinigkeit der Haut und alle Hautkrankheiten, Skropheln, Flechten, Drüsen, Verhärtungen, Geschwüre,** (selbst syphilitischer und bösartiger Natur), **Schrunden, namentlich auch gegen Frostbeulen etc. etc.** das sicherste und zugleich unschädlichste Heilmittel, indem sie, sowie auch die Krankenheiler Brunnen, niemals eine Krankheit in den Körper zurücktreibt, sondern sie aus dem Körper ausscheidet. Sie dient auch als bewährtes Mittel gegen das Ausfallen der Haare in Folge von Schwäche der Haut, und bewirkt in Fällen, wo die Haare nach Krankheiten ausgingen, — was bei Damen so häufig vorkommt, — nach wenigen Wochen einen neuen kräftigen Haarwuchs.

Es gibt drei verschiedene Sorten von Krankenheiler Quellsalzseife:

1) die Jodsodaseife, als ausgezeichnete Toiletteseife und sicheres Präservativmittel gegen Unreinigkeit der Haut ꝛc. Sie wird wie die gewöhnliche Toiletteseife gebraucht und ist als solche allen kosmetischen Seifen zum täglichen Gebrauch unbedingt vorzuziehen, weil sie, von allen schädlichen Bestandtheilen durchaus frei, neben ihrer medizinischen Wirkung die Haut zugleich weiß, glatt und zart macht, und nicht theurer zu stehen kommt, als andere gute Toiletteseife. **2) Die Jodsodaschwefelseife,** als Heilmittel gegen oben angeführte Krankheitsfälle; **3) die verstärkte Quellsalzseife,** für hartnäckige oder veraltete Fälle, in denen die Jodsodaschwefelseife nicht kräftig genug wirken sollte. **Diese Seife ist von ganz überraschender Heilkraft und bewirkt selbst in den hartnäckigsten Fällen, in denen andere Mittel erfolglos geblieben, noch vollständige Heilung.**

Bei direktem Bezuge von der Brunnenverwaltung Krankenheil in Tölz (Bayern) kostet: 1 Paket Jodsoda- oder Jodsodaschwefelseife 1 fl. 6 kr., 1 Paket verstärkte Quellsalzseife 1 fl. 54 kr.

Die Krankenheiler Quellsalzseife ist auch zu beziehen durch: **E. Glock** Sohn in Karlsruhe, **J. Bürckel** in Mannheim, **Kirner, Willmann u. Comp.** in Heidelberg, **Götz u. Haffner** in Pforzheim, **Ferd. Hölzlin** in Offenburg, **Baader u. Maier** in Freiburg, **Karl Delisle** in Konstanz. Z.p.278.

Z.q.562. Karlsruhe.

Empfehlung.

Zur Verzierung der **Christbäume** empfehle ich **Glaskugeln, Glasperlen** in verschiedenen Größen und Farben, **Gold- und Silberschaum, Wachskerzen,** weiße und farbige, en gros et en detail.

Konradin Haagel.

Wichtig für die Küche.

Z.q.811. So eben erschien eine neue (zweite) Auflage von:

Vereh. Huttenlocher, geb.
Henriette Löffler's
großes

Kochbuch

für bürgerliche Haushaltungen und auch für die feine Küche.

Eine vollständige, auf eigene Erfahrung gegründete Anleitung zur Bereitung von schmackhaften Speisen, Backwerk, Eingemachtem, kalten und warmen Getränken.

Mit einem Anhange von mehr als **100 nach der Jahreszeit geordneten Speisezetteln.**

Preis brosch. 1 fl., eleg. geb. 1 fl. 15 kr.

Dieses vorzügliche Kochbuch bedarf keiner weiteren Empfehlung. Wir machen nur darauf aufmerksam, daß auch diese neue Auflage auf feinstes Velinpapier gedruckt ist und auf 336 Seiten, nebst vielen praktischen Andeutungen in Küche, Keller, beim Einkauf, Ordnen der Tafel, bei Speisezettel ꝛc., über 1000 Rezepte enthält; es steht daher anderen Kochbüchern an Reichhaltigkeit nicht nach, die das Doppelte und Dreifache kosten.

Die Verfasserin hat nur von ihr selbst erprobte Rezepte darin aufgeführt und hauptsächlich darauf Rücksicht genommen, auch mit wenig Kosten gute Speisen und Getränke herzustellen; dabei aber auch die Herstellung der feinsten Speisen nicht übersehen.

Vorräthig in der **A. Gessner**'schen Buchhandlung in **Karlsruhe.**

Z.q.952. Offenburg.

Anzeige.

Vom 31. Dezember d. J. an kann die an diesem Tage fällig werdende 7te halbjährige Zinsanweisung unserer Aktien bei einem der bekannten Bankhäuser oder bei der Gesellschaftskasse eingelöst werden.

Offenburg, den 15. Dezember 1862.

Spinnerei & Weberei Offenburg.

Z.q.808. Karlsruhe.

Fürstliche Vereins-10-fl.-Loose,

welche in den nun beendigten Verloosungen nicht gezogen wurden, werden von mir bis auf Weiteres zu 9 fl. 30 kr. per Stück bezahlt. Einsendungen von Auswärts werden mit Umgang der Post realisirt, auch auf Verlangen jede andere Art von Loosen oder Staatspapieren angeschafft.

Louis Steurer,
am Spitalplatz in Karlsruhe.

Offene Lehrlingsstelle.

Z.q.981. In einem Kolonial- und Cigarrengeschäft en detail wird ein Lehrling gesucht, der die nöthigen Vorkenntnisse besitzt. Auswärtige Offerten erhalten den Vorzug, und bittet man, solche unter der Ziffer 1050 an die Expedition dieses Blattes franko senden zu wollen.

Z.q.896. Karlsruhe.

Aufforderung.

Da in der zweiten Hälfte Dezembers die Revision der großh. Hofbibliothek vorgenommen wird, so werden alle Diejenigen, welche Werke entliehen haben, hiermit aufgefordert, dieselben zurückzugeben.

Karlsruhe, den 14. Dezember 1862.

Großh. Hofbibliothek.
Döll.

Z.q.929. Karlsruhe.

Ganz frische Schellfische,

Cabeljau, Frankfurter Brat-, Leberwürste, Wertheimer Blut-, Leberwürste à 4 kr. per Stück, Blut- und Leber-Schwartenmagen per ½ Pfund 8 und 9 kr. ꝛc., **echte Straßburger** Gänseleberwürste mit Perigordtrüffel, Gänseleberterrinen mit Perrigordtrüffel, kleine und größere Fasanen, welche sich zu Weihnachtsgeschenken eignen, sowie auch kleine und größere westph. Schinken, **Sardines à l'huile,** Oliven, Capern, Sardellen, **Strachino di Milano, Fromage de Brie, de Neufchâtel, Roquefort,** Chester, Stilton, Eidamer, feinsten Rahm- und Emmenthaler Käs empfiehlt

Ph. Daniel Meyer, großh. Hoflieferant.

Z.q.997. Karlsruhe.

C. Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt das so eben eingetroffene

— **Volaille de Bresse** 1ere Qte. —

Perdreaux rouges, frische **Austern, Caviar,** Homards, **Straßburger Gänseleberpasteten** von Henry, ger. **Rheinlachs,** — vorzügliche **mar. Aalroulade, Bricken,** russ. mar. Sardellen und Sardines in Oel, Häringe ꝛc., sowie **ganz** frische **Schellfische, Cabeljau,** franz. Turbots, Solles, frische **holl. Solles (billig), Bückinge** zum Rohessen und Braten, Anchovis ꝛc. ꝛc.

Z.q.996. Karlsruhe.

C. Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt wieder frisch geräucherte

Echte Frankfurter Brat- und Leberwürste,

feinste Gänseleberwurst mit Perrigordtrüffel, **frisch ger. Braunschweiger** und **Göttinger Knackwürstchen,** Göttinger Zungenwurst, Mailänder Salami, frische echte Lyoner, **westph. Schinken** und Schinkenroulade ꝛc.

Z.q.863. Rastatt.

Kochheerde.

Bei Blechner **D. Unkel** in Rastatt sind selbstgefertigte tragbare, eiserne, auf Füßen stehende Kochheerde (Schienenheerde) neuester Konstruktion mit Bratofen und Wasserschiff zu Holz-, Torf- und Steinkohlenfeuerung in verschiedenen Größen zu haben.

Die Heerde zeichnen sich vor allen andern durch schnelles Kochen und Ersparung an Brennmaterial aus, und gewähren durch ihre Transportabilität noch den Vortheil, daß weder Hafner noch Maurer bei Aus- und Einzügen nöthig werden.

Auf Wunsch werden diese Heerde auch probeweise gegen billige Vergütung abgegeben.



Z.q.865. Baden-Baden.

Hausverkauf.

In der besten Lage der Stadt, nahe der Promenade, ist ein dreistöckiges Haus mit elegantem Laden zu verkaufen. Schriftliche Anfragen besorgt die Expedition dieses Blattes.

Z.q.279. Darmstadt.

Siedröhren.

Von gebrauchten, jedoch noch in gutem Zustande befindlichen, eisernen Siedröhren habe ich Vorrath und empfehle solche zu billigem Preis.

Darmstadt. **Jac. Scheid.**

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.